Nr. 45. Mittwoch, den 23. Februar 1916. 30. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 5 ₰, bei den Straßenhändlern 10 ₰. Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—

Redaktion: Fehlandstraße 11, I. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung: Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor: I. Stock, Fehlandstr. 11.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petersen, Heinrich Hertzstr. 145. Nord-Barmbeck bei Robert Birr, Poppenhusenstr. 13. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bei Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Fr. Hüdener, Billh. Röhrendamm 218a, Hchpt. Wilhelmsburg bei H. Oesterich, Fährstr. 59, I. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottensen, Bahrenfeld bei Franz Rose, Friedensallee 46.

Burgfriedliche Tarifbewegungen.

Aus Gewerkschaftskreisen wird geschrieben:

Von den großen Tarifbewegungen, die für das Frühjahr 1916 fällig waren, sind bisher zwei erledigt. Im Holzgewerbe einigte man sich schon im vergangenen Herbst auf eine Verlängerung der ablaufenden Verträge, indem man beiderseits von einer Kündigung Abstand nahm. Die Vertragsbestimmungen, einschließlich der Lohnsätze blieben unverändert, soweit sie nicht durch örtlich vereinbarte Teuerungszulagen eine Aenderung erfahren hatten. Für das Malergewerbe fanden im Januar Verhandlungen statt, die ebenfalls zur Verlängerung der bestehenden Verträge führten, hier aber unter Vereinbarung von Teuerungszulagen im Betrage von 5 und 6 Pfg. auf die bisher gezahlten Stundenlöhne. Das Verhandlungsergebnis harrt noch der Zustimmung der beteiligten Organisationen. Die Gehilfenverbände werden das Ergebnis voraussichtlich annehmen, während von den Unternehmern Schwierigkeiten zu erwarten sind.

Gemessen an der Bewegung der Kosten des Lebensunterhalts sind diese Ergebnisse völlig unzulänglich. Die Teuerungszulagen im Malergewerbe bedeuten eine Erhöhung des Lohneinkommens um etwa 10 Prozent. Das ist auch nicht im entferntesten ein Ausgleich für die Steigerung der Lebensmittelpreise, die sicherlich das vierfache und mehr ausmacht. Man hat die Rücksicht auf die allerdings recht ungünstige Lage des Gewerbes sehr weit getrieben. Die unvermeidbare Einschränkung aller Arbeiten und die Bestimmungen über den Verbrauch von Oelen bringen es mit sich, daß die Zahl der im Malergewerbe Beschäftigten außerordentlich gering ist. Das vermindert die Bedeutung dieses Ergebnisses und nimmt seiner Unzulänglichkeit den Stachel.

Nun haben auch die Organisationen des Baugewerbes über die Verlängerung des bestehenden und am 31. März ablaufenden Vertrages verhandelt. Wie bereits bekannt, sind diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer waren bereit, Teuerungszulagen im Betrage von 4 bis 6 Pfennig zu gewähren, die Arbeitervertreter haben es jedoch abgelehnt, dies Angebot ihren Mitgliedern zu unterbreiten. Es ist ziemlich zweifelhaft, ob es noch einmal zu Verhandlungen kommt. Der Vertreter der Reichsregierung, unter dessen Leitung die Verhandlungen stattfanden, erklärte, daß die Regierung zunächst nichts weiter unternehmen könnte. Das kann heißen, daß die Regierung den Dingen ihren freien Lauf zu lassen gedenkt, es kann aber auch dahin zu deuten sein, daß die Regierung abwarten will, ob sich nicht eine weitere Gelegenheit oder gar die Notwendigkeit ergibt, ihrerseits einzugreifen und die Parteien zu neuen Verhandlungen zusammenzuführen. Tritt ein solcher Fall nicht ein, so wird der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe ablaufen und die Parteien werden zusehen müssen, wie sich die Dinge ohne Tarifvertrag entwickeln.

In den Verhandlungen erklärten beide Parteien, daß ihnen an der Verlängerung der Verträge gelegen sei. Man darf diese Erklärung beiderseits für den echten Ausdruck der vorhandenen Wünsche halten. Daß es den Arbeitern damit ernst war, ist selbstverständlich, sie sind immer Tariffreunde gewesen und sind es angesichts der ungewissen Zukunft erst recht. Aber auch auf Seite der Unternehmer sprechen viele und gute Gründe für die Weiterführung der Tarifverträge. Die Organisation der Unternehmer des Baugewerbes hat schwer gelitten. In einzelnen Provinzen hat sie viel von ihrem früher so festen Zusammenhalt eingebüßt. Was sie heute noch leidlich stützt, ist der Reichstarifvertrag, der ihr als einem Träger des Arbeitsverhältnisses Bedeutung und Wert verleiht. Ist der Tarifvertrag dahin, so verliert sie für viele ihrer Mitglieder den hohen Wert, den sie heute noch als Schutz gegenüber den Lohnansprüchen der Arbeiter hat. Denn die Verhältnisse liegen im Baugewerbe so, daß allein der bestehende Tarifvertrag die Unternehmer der Notwendigkeit enthebt, höhere Löhne zahlen zu müssen. Arbeiten für den Heeresbedarf im engeren und weiteren Sinne, daneben unaufschiebbare Bauten für öffentliche und private Zwecke und die Arbeiten in den Wiederaufbaugebieten des Ostens erfordern eine Arbeiterzahl, die heute nur schwer aus dem Inlande zu beschaffen ist, teilweise hat man schon in den neutralen Ländern Bauarbeiter anzuwerben gesucht. Diese Bauaufträge werden aber zudem alle so bezahlt, daß der Unternehmergewinn auch dann noch hoch genug bliebe, wenn er durch eine halbwegs befriedigende Teuerungszulage vermindert werden sollte. Zu dieser hat sich die Unternehmerorganisation bisher noch nicht aufschwingen können und so mußten die Verhandlungen erfolglos bleiben; denn angesichts dieser tatsächlichen Lage des Gewerbes sind die Arbeiter selbstverständlich willens, ihre wirklich bescheidenen Ansprüche mit allem Nachdruck, der in diesen Zeitläuften möglich ist, zu vertreten.

Nicht ganz ohne Einfluß auf diesen Ausgang der Verhandlungen mag auch wohl der Umstand gewesen sein, daß die Reichsregierung einen Beamten mit der Leitung der Verhandlungen betraute, der auf diesem Gebiet Neuling ist, obwohl sie über Kräfte verfügt, die sich früher schon mehrfach bewährt haben. Es liegt auf der Hand, daß ein hoher Beamter, der zum ersten Male einer solchen Aufgabe gegenübersteht und im übrigen die vor ihm verhandelnden Parteien im Lichte etwa der „Kreuzzeitungs“-Anschauungen sieht, den Gründen der Unternehmer weit eher zugänglich ist, als denen der Arbeiter, und sich nur schwer von der Notwendigkeit überzeugen läßt, entgegenkommende Beschlüsse auch den Unternehmern nahezulegen. Freilich ist dies nicht der einzige Mangel, der sich bei dieser ersten Beteiligung der Reichsregierung an Tarifverhandlungen herausgestellt hat. Soll eine solche Beteiligung von der gebotenen Aktivität getragen sein, so ist es unerläßlich, daß sich die Regierung selbst Unterlagen zur Beurteilung der Verhältnisse beschafft, wozu hier erschöpfende und beweiskräftige Feststellungen über den Einfluß der Teuerung auf die Lebenshaltung der Arbeiter und über die Rentabilität des Gewerbes gehört hätten. Beide Umstände sind für die Beurteilung der Verhältnisse notwendig, aber in beiden Fällen war die Regierung auf die Angaben der Parteivertreter angewiesen, die natürlich stark voneinander abwichen. Auch hier ist es bei der ganzen Disposition der Regierungsvertreter natürlich, daß die Angaben der Unternehmer eine stärkere Wirkung haben als die der Arbeiter.

Die Haltung der Unternehmer ist sehr kurzsichtig. Sie müssen wissen, daß ihnen ein tarifloser Zustand weit unbequemer werden kann als den Arbeitern. Aber schließlich reicht die Bedeutung dieser Vorgänge auch weit über die beruflichen Grenzen hinaus, sie berührt die gesamte Oeffentlichkeit. Für alle Berufsstände hat man die Notwendigkeit höherer Preise anerkannt. Die Landwirte verdienen so reichlich, daß man nicht einmal eine Klage von ihnen hört — was gewiß allerlei sagen will. Der Handel erhält seinen wohlbemessenen Gewinn in allen Stufen. Die Fabrikanten von Kriegsware erfreuen sich, wie sie selbst nicht leugnen, guter Gewinne. Die für öffentliche Rechnung arbeitenden Baugeschäfte finden volle Berücksichtigung aller den Betrieb erschwerenden Umstände. Und die Arbeiter? Den Arbeitern bietet man für eine Verteuerung der Lebenshaltung um mehr als fünfzig vom Hundert Teuerungszulagen von 6 bis 10 Prozent! Den Arbeitern, die schon vorher nur unter reichlicher Einschiebung fleischloser Tage „durchzuhalten“ vermochten! Man mag sagen was man will, sehr burgfriedlich ist das gerade nicht. Der Geist entschlossenen Ausharrens in dem furchtbaren Kampf bedarf schließlich der körperlichen Stützung, eine Wahrheit, die schon Heinrich Heine ahnte, als er dichtete:

In hungrige Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen.

Man mag die Haltung des Unternehmertums als den natürlichen Ausdruck der Klassenpolitik hinnehmen, als solcher steht sie jenseits von Gut und Böse. Aber die Reichsregierung sollte daran denken, daß die Steine, die das Unternehmertum den Arbeitern statt des verlangten Brotes zuwerfen möchte, in wertvolle Fensterscheiben fliegen könnten.

Amtliche Kriegsberichte.

Lebhafte Kampftätigkeit im Westen.
Oestlich von Souchez 800 Meter der französischen Stellung erstürmt.
Zahlreiche Luftgefechte hinter der feindlichen Front.
Ein deutsches Luftschiff verloren.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 22. Februar 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Das nach vielen unsichtigen Tagen gestern aufklarende Wetter führte zu lebhafter Artillerietätigkeit an vielen Stellen der Front; so zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras, wo wir östlich von Souchez im Anschluß an unser wirkungsvolles Feuer den Franzosen 800 Meter ihrer Stellung im Sturm entrissen und 7 Offiziere, 319 Mann gefangen einbrachten. Auch zwischen der Somme und der Oise, an der Aisne-Front und an mehreren Stellen der Champagne steigerte sich die Kampftätigkeit zu größerer Heftigkeit. Nordwestlich von Tahure scheiterte ein französischer Handgranatenangriff.

Endlich setzten auf den Höhen zu beiden Seiten der Maas oberhalb von Dun Artilleriekämpfe ein, die, an mehreren Stellen zu beträchtlicher Stärke anschwellend, auch während der letzten Nacht nicht verstummten.

Zwischen den von beiden Seiten aufgestiegenen Fliegern kam es zu zahlreichen Luftgefechten, besonders hinter der feindlichen Front.

Ein deutsches Luftschiff ist heute nacht bei Revigny dem feindlichen Feuer zum Opfer gefallen.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

WTB. Wien, 22. Februar. Amtlich.

Russischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzo-Front waren die Artilleriekämpfe im allgemeinen, namentlich aber bei Plava, recht lebhaft. Eines unserer Flugzeuggeschwader unternahm einen Angriff auf Fabrikanlagen in der Lombardei. Zwei Flugzeuge drangen hierbei zur Erkundigung bis Mailand vor. Ein anderes Geschwader griff die italienische Flugzeugstation und die Hafenanlagen von Desenzano am Garda-See an. Bei den Unternehmungen wurden zahlreiche Treffer in den Angriffsobjekten beobachtet. Trotz heftigen feindlichen Artilleriefeuers kehrten alle Flugzeuge wohlbehalten zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Eine neutrale Stimme zur Blockadefrage.

Der dänische konservative Politiker Chr. Reventlow schreibt in der Kopenhagener „Berlingske Tidende“:

.... Man kann die Rede Greys über die Absichten mit der „schärfsten Blockade“ nicht lesen, ohne einen bitteren Geschmack in den Mund zu bekommen. Die Rede ist selbstverständlich verbrämt mit vielen schönen Worten von Wohlwollen gegenüber den Neutralen und der Bereitwilligkeit, ihnen so viele Waren zukommen zu lassen, als sie selbst brauchen. Und es ist ja möglich, daß die ganze Art und Weise, durch die man an die Uebergriffe, als da sind: Aufbringung der Schiffe, Beschlagnahme von Waren und Postsachen und Einmischung in unsere Handelsverhältnisse usw., gewöhnt worden ist, nach und nach bei manchem die Auffassung von dem eigenen, ursprünglichen Recht geschwächt hat. Man ist entzückt über das Wohlwollen, wenigstens etwas zu bekommen, und hat das, was man bisher als geltendes Volksrecht betrachtete, ganz vergessen. Die durch die Pariser Deklaration von 1856 festgelegten Regeln für eventuelle Blockaden usw. sind außer Kraft gesetzt, und die Kriegführenden scheinen nun als geltendes Völkerrecht das aufstellen zu wollen, was sie selbst als solches proklamieren. Der legitime Handel und die Verbindungen nicht nur zwischen den Neutralen und den Kriegführenden, sondern auch zwischen den neutralen Ländern untereinander werden durch die Blockade gehindert. Kann man nicht die Küsten seines Feindes blockieren, so blockiert man die der Neutralen. Und nun wird auch noch eine Verschärfung dieses Zustandes angedroht. Daß Grey die Zustimmung der Neutralen hierzu sucht, ist ganz verständlich. Aber ebenso wenig wie diese gegeben werden kann, können sie die Auffassung anerkennen, die in seinen Worten liegt, daß, wenn die Neutralen Englands Recht, den Handel mit dem Feind über neutrale Länder zu verhindern, verneinen, sie damit ihre Neutralität aufgeben. Im Gegenteil, sie würden die Neutralität gerade dann aufgeben, wenn sie dieses behauptete Recht anerkennten. Grey ist denn auch nicht ganz sicher, daß diese neue Auffassung akzeptiert wird, daher appelliert er an die Sympathie der Neutralen. Sie müßten, sagt er, weit mehr auf Deutschland als auf England erbittert sein, u. a. schon deshalb, weil Deutschland das Meer mit Minen bestreut und ihre Schiffe versenkt habe. Das ist indessen eine Behauptung, die nicht entscheidend sein kann. Denn wessen Minen haben am meisten den neutralen Handel geniert — und welche Macht hat die Anwendung neutraler Flaggen empfohlen? Die erste Frage kann nicht so leicht beantwortet werden, aber man weiß, daß von den losgerissenen und treibenden Minen, die an die Küste von Holland und an die Nordseeküste der skandinavischen Länder trieben, weitaus die meisten englische waren.

Aber während der englische Minister die in Aussicht gestellte verschärfte Blockade mit nichtssagenden Worten zu verteidigen oder zu entschuldigen versucht, sind von anderen, weniger verantwortungsvollen Seiten innerhalb der Entente verschiedene Aeußerungen gefallen, deren Tonart darauf hindeutet, daß man Holland und besonders den skandinavischen Ländern gegenüber die Situation zuzuspitzen wünscht. Es sind nicht nur englische Blätter und Politiker, welche es als eine abgemachte Sache zu betrachten scheinen, daß die neutralen Staaten sich nicht allein in alles, was die Entente ausklügelt, zu finden haben, sondern daß sie auch noch geradezu die Pflicht hätten, der Entente gegen Deutschland zu helfen. Die Auslassungen in französischen Blättern, besonders in dem fanatischen „Le Temps“, deuten darauf hin, daß man es als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, daß zum Beispiel Dänemark solche Verpflichtungen habe, und daß im übrigen alle Länder außerhalb Deutschland „den Krieg beendigt wünschen und den Sieg für die Mächte erhoffen, welche die Freiheit der Völker verteidigen gegen die barbarischen Angriffe“. Nun sind die Ursachen und Ziele des Weltkrieges absolut nicht so leicht zu ergründen, wie man sich das in Paris und London augenscheinlich denkt. Und mit allgemeinen Redeblüten klärt man gar nichts auf. Ungefähr gleichzeitig, als der „Le Temps“ seinen anfeuernden Aufruf an die Neutralen brachte, teilte das offiziöse Reuter-Bureau mit, daß Soldaten von britischen, französischen, italienischen und russischen Kriegsschiffen an Land der kleinen griechischen Halbinsel Kara Burun gegangen seien und unter dem Protest des griechischen Kommandanten das dort befindliche Forts besetzt hätten. Das Telegramm fügt hinzu: „Die Soldaten durchsuchten die Häuser und entfernten die Bewohner.“ Es ist wirklich nicht leicht, die schönen Worte von der „Freiheit der Völker“ mit den gleichzeitig eintretenden Tatsachen in Uebereinstimmung zu bringen. Ueberhaupt ist seitens der Kriegführenden manches geschehen, das beweist, daß man mit dem Vorhandensein von kritischem Sinn in den neutralen Ländern durchaus nicht rechnet. Von deutscher Seite wurde in dieser Beziehung bei Beginn des Krieges verschiedenes geleistet, aber nun steht die Entente an der Spitze.

Uebrigens scheint die Entente von einer schlimmen Nervosität befallen zu sein. Im „Echo de Paris“ las man vor kurzem: „Wir wollen den Deutschen einen entscheidenden Schlag beibringen, wenn wir sie verhindern, Waren in eingeschriebenen Briefen zu versenden. Nichts trägt mehr zur Abkürzung des Krieges bei und nichts erleichtert mehr die Arbeit unserer Soldaten.“ Es muß etwas Verkehrtes in solchen Auffassungen liegen, nach denen man zu glauben scheint, daß der Sieg durch Worte gewonnen werden kann und Deutschland zerschmettert wird, wenn man es verhindert, Waren in — eingeschriebenen Briefen zu verschicken. Außerdem sind solche Rufe um Hilfe und Unterstützung, die man beständig an die Neutralen richtet, unklug; denn sie zeugen nicht von großem Vertrauen in die eigene Kraft und an den Sieg über den Feind. Zudem scheint man ganz zu vergessen, daß auch die Zentralmächte, die doch bisher den dänischen Lebensmittelexport nach England ungestört ließen, einen starken Druck auf Holland und die nordischen Staaten auszuüben vermögen. Und die Gefahr wird gerade nicht vermindert, wenn die Verschärfung der Blockade und die Berufung auf die Pflicht der Neutralen zur Parteinahme für die Entente immer kräftigere Formen annimmt, wie es zuletzt noch im „Daily Telegraph“ der Fall ist. Dieses einflußreiche englische Regierungsblatt weist darauf hin, daß die Entente wohl das Meer beherrsche, allein die Zentralmächte ständen in geographischer, politischer und militärischer Beziehung so stark da, daß ihre Kraft nur entweder durch Zersplitterung ihres Bundes gebrochen werden könne, wozu jedoch keine Aussicht vorhanden wäre, oder durch Uebertragung des Krieges auf deutsches Gebiet. Und, fährt das Blatt fort, nichts könne die geographische Seite der Sache ändern, „als die einzige Eventualität, nämlich die: daß die skandinavischen Länder erklären, sich auf unsere Seite stellen zu wollen. In diesem Falle wird die ganze offensive Kraft der Entente sich auf eine Invasion in Deutschland vom Norden her konzentrieren, und man würde hier die Angriffslinie erhalten, welche für die deutsche Sache am gefährlichsten werden müßte“.

Es besteht also kein Zweifel, daß die Bestrebungen der Entente darauf hinausgehen, Deutschland an seiner Nordgrenze anzufallen. Daher das steigende Interesse für die Haltung der skandinavischen Länder — ein Interesse, das zum Nachdenken auffordert und dessen am meisten Unruhe erweckendes Element das ist, daß es Ausdruck in Worten und Handlungen findet, die trotz der „großen mathematischen Ueberlegenheit“ der Entente nicht von Glauben an den Sieg durch eigene Kraft oder auf den im Augenblick gegebenen Kampfgrundlagen zeugen. Gegenüber den beiden großen kriegführenden Lagern, in die die Welt geteilt ist, sollten sich die neutralen Staaten in umfangreichstem Maße und auf der Grundlage einer Kriegsbereitschaft, welche sie doch auch als Neutrale aufrecht erhalten müssen, zu einem gemeinsamen Lager gesammelt haben als eine genügend starke aktive dritte Partei zum Schutze des eigenen Rechts und menschlicher Werte. Dies wäre indessen, da die europäischen neutralen Staaten nach dem Uebertritt Italiens zum „heiligen Egoismus“ relativ klein sind und zerstreut liegen, nur möglich gewesen, wenn sich Amerika loyal an die Spitze gestellt hätte. Aber diese Sammlung hätte dann auch eine Bedeutung gehabt, sowohl während des Krieges, wie zur Förderung des Friedens. Die Behandlung der kleinen neutralen Staaten wäre eine ganz andere gewesen. Nun können die europäischen Kleinstaaten in Situationen gebracht werden, unter denen sie sich dagegen wehren müssen, daß ihnen eine Parteinahme aufgezwungen wird. Aber dies gerade wäre ihr Kampf — ein Kampf für die Freiheit der Völker und die Kultur. — —

Die Bedeutung vorstehenden Artikels, aus dem wir nur Bruchstücke gebracht haben, von dem bekannten dänischen konservativen Politiker in dem angesehensten konservativen Blatte, darf nicht unterschätzt werden. Bisher waren solche Stimmen in diesen Kreisen Dänemarks äußerst selten, aber nun, da ihnen die englische Freundschaft doch zu gefährlich zu werden droht, scheint die Ernüchterung aus dem Ententerausch so langsam zu kommen.

Protest gegen die Beschlagnahme amerikanischer Wertpapiere.

Ein Privattelegramm aus New York meldet: Die Bankfirmen, unter denen sich die Guarantee Trust Co. und Equitable Trust Co. befinden, legten bei dem Staatsdepartement Protest gegen die Beschlagnahme durch England von amerikanischen Wertpapieren, die sich auf dem Wege von den neutralen Ländern Europas nach New York befanden, ein. — Die „Associated Preß“ berichtet aus Washington, daß die Beschlagnahme der Wertpapiere der Gegenstand weiterer Vorstellungen an England und Frankreich seitens der Vereinigten Staaten bilden wird. Diese Vorstellungen werden diejenigen ergänzen, die in der Frage der Zurückhaltung der amerikanischen Post bereits gemacht und bis jetzt nur vorläufig und unvollständig beantwortet wurden.

Kriegswirkungen in Amerika.

Während die an der Kriegsindustrie beteiligten Kapitalisten ungeheure Profite einstecken, hat die Textilindustrie in Amerika außerordentlich erhöhte Kosten, die sie natürlich auf die Verbraucher abzuwälzen versucht. Das „Schweizerische Handelsamtsblatt“ vom 12. Februar veröffentlicht unter seinen Handelsnotizen aus den Vereinigten Staaten einen Bericht der schweizerischen Gesandtschaft in Washington vom 7. Januar d. J., aus dem sich ergibt, wie wenig es bisher gelungen ist, die deutsche Industrie zu ersetzen: „In manchen Betrieben sind zurzeit die Kosten des Färbens allein höher als die Gesamtwerte der zu färbenden Materialien plus Arbeit und sonstigen Unkosten.“

Es folgt nun eine Tabelle, in der die Preise bestimmter Chemikalien und Farbstoffe vor dem Krieg und jetzt in Vergleich gebracht werden und woraus sich die Vervielfachung der Kosten ersehen läßt; einzelne Farben z. B. sind um 1000 Prozent in die Höhe gegangen. Weiter heißt es in dem Bericht: „Die „amerikanische Regierung verteidigt sich gegen die ihr gemachten Vorwürfe, daß sie in dieser ungeheuer wichtigen Frage nicht energisch genug die Interessen der leidenden Kreise schütze. Die von ihr gemachten fruchtlosen Anstrengungen, Substitute für die ausbleibenden deutschen Farbstoffe zu beschaffen, seien weit größer, als man dies im Handelskreisen ahne. In einer am 5. Januar in New York abgehaltenen Versammlung aller Interessenten wurde die Entsendung einer Delegation an Präsident Wilson beschlossen, damit irgend ein Arrangement getroffen werde, um entweder Farbstoffe aus Deutschland erhältlich zu machen, oder um die englische Regierung zur Aufhebung des Embargos auf Blauholz (logwood) zu veranlassen. Das „Journal of Commerce“ führt aber aus, daß selbst, wenn unwahrscheinlicherweise alle Logwood-Vorräte der englischen Insel Jamaica welche auf 100 000 Tonnen geschätzt werden, zum Export nach den Vereinigten Staaten freigegeben würden, dadurch die hiesige Farbenmangel-Kalamität nur wenig verändert und keinesfalls dauernd verbessert werden würde.“

Schwedische Fischerboote für die italienische Marine.

Die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ meldet: Auf Göteborgs Schiffswerft liegen zurzeit vier alte Fischerboote zur Ausbesserung, die angeblich zu einer Fischexpedition nach dem Mittelmeer gehen sollen. Die schwedischen Behörden erhielten die Mitteilung, daß die Fischerboote für die italienische Marine bestimmt seien, weshalb zwei schwedische Torpedoboote sie verhinderten, auszufahren.

Erhöhung der Papierpreise in Schweden.

Die „Kopenhagener „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Die schwedischen Papierfabriken berichten, daß wegen der Verteuerung der Rohstoffe die Papierpreise wieder um 20 pZt. erhöht werden müßten, so daß die Preise jetzt 50 pZt. über normal stehen.

Tonnagemangel in Norwegen.

Aus Christiania wird gemeldet:

Da sich bei der staatlichen Verpflegungskommission Schwierigkeiten wegen der Beschaffung von Tonnage für Waren, die zur Sicherung der Versorgung des Landes mit Lebensmitteln im Auslande gekauft waren, ergaben, brachte die Regierung eine Gesetzesvorlage ein, nach der das Recht, das der Staat bereits zur Enteignung von Schiffen besitzt, derart erweitert wird, daß ein enteignetes Schiff ohne vorherige Abschätzung sofort übernommen werden kann, wenn nötig, mit Hilfe der Polizei. Schadenersatz wird in diesem Falle baldmöglichst und bestimmt geleistet werden.

Der englische Wechselkurs.

WTB. London, 22. Februar. Reutermeldung. Schatzkanzler McKenna erklärte im Unterhause, als er im September sagte, daß die Ausgaben wahrscheinlich 5 Millionen Pfund Sterling pro Tag betragen, ehe das Finanzjahr zu Ende geht, habe er damit sämtliche Ausgaben, auch die für den bürgerlichen Staatshaushalt und nur die Schuldentilgung, gemeint. Wir sind, sagte der Schatzkanzler, dieser Ziffer nun sehr nahe und werden sie am Ende des Finanzjahres erreichen. Man warf der Regierung vor, daß sie nicht ausreichende Maßregeln trat, um ihren Kredit zu behaupten, indem man dabei auf den amerikanischen Wechselkurs hinwies. McKenna fordert das Haus auf, den amerikanischen Kurs des englischen Geldes mit dem anderer kriegführender Nationen zu vergleichen. Augenblicklich betrage der englische Kurs 4 Dollar 76¼ Cents für ein Pfund Sterling; das seien 10 Cents unter dem normalen Kurs von 4,86 Dollar. Die Regierung wünsche nicht, daß der Kurs seinen normalen Stand erreiche oder darüber hinaus steige, aus dem einfachen Grunde, weil England dadurch, daß sich der Kurs unter pari halte, die Einfuhr behindert und das Abströmen von Gold nach Amerika vermindert. Wenn man den englischen Kurs mit dem von Deutschland und Oesterreich-Ungarn vergleiche, sehe man, daß sich der englische Kredit behaupte. Es sei beinahe ein Wunder, wie England noch nach achtzehn Monaten Krieg fast das einzige offene Goldland der Welt sei. (Beifall.) Das englische Papiergeld könne jetzt noch an der Bank von England gegen Gold eingewechselt werden. Es klinge unglaublich, daß der englische Kredit die schwere Probe, die er aushalten mußte, überstand. Wie schwer die Probe auch war, England behauptete den Kredit und ich zweifle nicht daran, daß ich auch noch nach einem Jahre werde mitteilen können, daß der englische Kredit unerschütterlich ist.

Anmerkung des WTB.: Wir zweifeln an der Korrektheit der Reutermeldung. Die Gefahr des Goldabflusses nach einem fremden